

Anhang zum Bericht über den Argentinien-Besuch
5. - 12. August 1966

Der Berichterstatter hatte Gelegenheit, eine grosse Anzahl von Besprechungen zu führen. Zusammenfassungen einiger besonders aufschlussreicher Besprechungen sind in diesem Anhang enthalten.

* * *

Zusammenfassung der Erklärungen von Staatspräsident Onganía

Der Präsident scheint in ausgezeichneter körperlicher und geistiger Verfassung zu sein. Er gilt als grosser Schweiger, ging aber bei der Besprechung ziemlich aus sich heraus. Insbesondere legte er folgendes dar:

Die bisherige politische Struktur Argentiniens ist auf eine Gesellschaft ausgerichtet, wie sie heute nicht mehr besteht. Deshalb müssen die politischen Institutionen restrukturiert werden. Argentinien ist potentiell ein hoch zivilisiertes Land, aber die zivilisatorischen Kräfte sind in ihrer Entfaltung durch die politische Situation gehemmt worden. Es gilt, das Land von dieser Hypothek zu befreien und zu einer modernen Staatsführung zu gelangen, die genügend Spielraum hat, um einerseits eine neue politische Struktur herbeizuführen und andererseits die schwerwiegenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme den heutigen Notwendigkeiten entsprechend zu bewältigen. Ebenso wichtig ist es, zu einer stabilen Regierung zu kommen, von der sowohl die Argentinier als auch die Ausländer den Eindruck haben, die Kontinuität sei gesichert, denn nur so wird das notwendige Vertrauen zurückkehren, das zu einer expansiven wirtschaftlichen Entwicklung führt. Nur im Rahmen einer wirtschaftlichen Expansion können die vielen unbewältigten wirtschaftlichen und sozialen Probleme gelöst werden. Man wünscht zu erreichen, dass das eigene Fluchtkapital zurückströmt und mit ihm wieder ausländisches Kapital seinen Weg nach Argentinien findet.



- 2 -

Entscheidend wichtig ist es vor allem, die destruktive politische Spaltung im Lande zu beseitigen, denn diese hat bisher die Regierungen abgehalten, ihre Aufgaben zu erfüllen.

Es ist auch wichtig, die Technik der Staatsführung zu vervollkommen.

Alle diese Reformen können nicht von einem Tag auf den andern verwirklicht werden, sondern sie brauchen Zeit. Man muss auch eine gewisse Erfahrung sammeln und organisch zum Ziele gelangen.

Ongania dankt der schweizerischen Regierung dafür, dass sie jemand delegiert hat, um die neuen Realitäten zu studieren. Die Beziehungen zwischen den beiden Ländern müssten inskünftig noch enger werden. Man werde sich bemühen (auf die Italo anspielend), die Steine des Anstosses zu beseitigen.

Zusammenfassung der Erklärungen des Aussenministers Mendes del Costa

Der Aussenminister macht einen hoch intelligenten und sehr sympathischen Eindruck.

Er legt dar, dass Argentinien mit der Schweiz sehr enge Wirtschafts- und Finanzbeziehungen pflegen möchte. Er ist sich bewusst, dass man zu diesem Zwecke die Schwierigkeiten der Vergangenheit beseitigen muss. Insbesondere kann man von der Schweiz nicht Vorleistungen verlangen, sondern Argentinien muss vorerst beweisen, dass es auf dem guten Wege ist. Für Argentinien ist es besonders wichtig, auch das von den Argentinern ins Ausland geflüchtete Kapital wieder zurück zu erhalten. Und auch dies ist nur möglich, indem wieder eine allgemeine Atmosphäre des Vertrauens geschaffen wird.

Die gegenwärtigen Schwierigkeiten Argentinien haben sehr tiefgreifende Wurzeln. Bis anfangs der Dreissigerjahre ist Argentinien ein reiches Agrarland gewesen und ist von einer relativ kleinen

Schicht von Besitzenden regiert worden. Dies hat der Regierung eine grosse Stabilität gegeben und auch im Hinblick auf die reiche Agrarproduktion Vertrauen im Ausland geschaffen. Die Krise der Dreissigerjahre und der zweite Weltkrieg haben die Verhältnisse grundlegend geändert. Argentinien ist gezwungen worden, sich zu industrialisieren. Im Hinblick auf den nicht mehr richtig funktionierenden Weltmarkt der Dreissiger- und Vierzigerjahre hat man sich genötigt gesehen, die Industrialisierung nach dem Prinzip der Importsubstituierung vorzunehmen. Argentinien ist fast ein Industrieland geworden, wobei seine Produktivität zweit- oder drittklassig ist.

Es ist notwendig, Argentinien auch industriell auf den Weltmarkt auszurichten. Die argentinische Industrie muss sukzessive einer vermehrten internationalen Konkurrenz ausgesetzt werden. Nur dann wird sich die notwendige Selektion und Spezialisierung sowie Ausrichtung auf den grösseren Weltmarkt einstellen. Zugleich muss auch die Agrarproduktion gehoben werden. Die neue Wirtschaftsequipe wird in dieser Richtung arbeiten.

Die politischen Institutionen des Landes sind den sich stellenden Problemen nicht gewachsen. Zur Lösung der Probleme ist insbesondere am Anfang Härte und Mut notwendig, die nicht aufgebracht werden können von einer Regierung, die ständig Rücksicht auf Wahlen und sich an unrealistischen Konzessionen überbietenden Politikern nehmen muss. Die Kompetenzen müssten vermehrt in die Hände der Präsidentschaft und der Regierung gelegt und vom Parlament weggenommen werden. Zugleich müssten die Wahlen sehr viel seltener werden. Nur so ist es möglich, allmählich eine wirtschaftliche und politische Ordnung des Landes zu erreichen, die es gestattet, die Probleme zu lösen.

Man ist sich voll bewusst, dass erst solche Änderungen auch das notwendige Vertrauen schaffen, damit das argentinische und ausländische Kapital nach dem Lande selbst zurückkehrt.

Zusammenfassung der Erklärungen von Wirtschaftsminister Salimei

Wirtschaftsminister Salimei legt dar, dass eines seiner Hauptprobleme in der Beseitigung des Defizites bei der Eisenbahn liege. Insbesondere gebe es immer noch 100'000 Angestellte zu viel. Es bestehe die Absicht, 5000 Mann pro Monat zu entlassen. Eine grössere Zahl könnte zur Rezession führen, denn einige Sektoren insbesondere in der Metall- und Fahrzeug- sowie Textil-Industrie seien nicht voll beschäftigt. Man dürfe eine völlige Beseitigung des Defizites innerhalb eines Jahres noch nicht erwarten, wohl aber dessen starke Reduktion.

Am liebsten würde man die Eisenbahnen reprivatisieren, doch wäre dies unter den heutigen Umständen ein unrealistisches Ziel. Dagegen versuche man die Nebenbetriebe der Bahnen wie die Reparaturwerkstätten zu reprivatisieren.

Im Energiesektor hoffe man mit der Zeit eine Reprivatisierung zu erreichen. Es sei notwendig, den Energiesektor zu expandieren. Man bedaure, dass die Italo in der Vergangenheit nicht das notwendige Verständnis gefunden habe; die Italo könne aber inskünftig auf eine verständnisvolle Haltung hoffen. Man möchte insbesondere auch in diesem Zusammenhang mit der Schweiz wieder die besten Beziehungen herstellen.

Man wünsche keine Beschränkung des Dividendentransfers. Man versuche, im Zahlungsverkehr möglichst liberal zu sein. Bezüglich des Petroleums suche man wieder vermehrt Kontakt mit der Privatwirtschaft und versuche den Schaden, den die Regierung Illia gestiftet habe, wieder zu reparieren. Bezüglich der Einfuhr von Kapitalgütern studiere man für die Zukunft eine grössere Souplesse.

Man würde eine neue Konsolidierung der kommerziellen Aussen-schulden begrüssen. Auf unseren Rat hin scheint man allerdings vor-derhand von einer neuen Konsolidierungsoperation absehen und die Frage

- 5 -

erst wieder neu prüfen zu wollen, nachdem die Regierung ihr Wirtschaftsprogramm aufgestellt und erste Erfolge erreicht hat.

Die neue Regierung versuche, zu einer liberalen Wirtschaftspolitik zu kommen, die Marktverzerrungen wieder zu beseitigen, ausländisches Kapital anzuziehen und die Privatwirtschaft ganz besonders zu fördern.

Zusammenfassung der Erklärungen von Finanzsekretär Aguilar

Wichtigstes Ziel der Finanzpolitik ist es, sukzessive zu einem Budgetgleichgewicht zu kommen. Für das laufende Jahr ist das Defizit noch 160 Milliarden Pesos. Davon werden 50 Milliarden durch Notengeld-Emissionen gedeckt, der übrige Teil durch Geldaufnahme. Vom Defizit von 160 Milliarden entfallen 90 Milliarden auf die Eisenbahnen und 10 Milliarden auf andere Staatsbetriebe, also fast zwei Drittel des Defizites werden von Staatsbetrieben verursacht. Es ist deshalb wichtig, soweit als möglich sukzessive die Aktivität der Staatsbetriebe zu reduzieren.

Ebenfalls muss die Steuergesetzgebung reorganisiert werden. Die Steuern sind viel zu hoch und zwingen zum Steuerbetrug. Dazu kommt, dass bisher alle paar Jahre ein Moratorium erklärt wurde, was die Steuerehrlichkeit noch vermindert hat. Die Steuern müssen auf ein

vernünftiges Niveau gesenkt, zugleich aber auch die Evasionsmöglichkeiten vermindert werden. Dies wird zweifellos zu einer Erhöhung der Steuereinnahmen führen.

Alle diese finanzpolitischen Ziele sind natürlich nur sukzessive zu erreichen, weshalb die neue Equipe Zeit braucht, bis sie die Früchte ihrer Anstrengungen voll ernten kann.

Besprechung mit Zentralbankpräsident Tami und
dem Gesamtdirektorium der Zentralbank

Die dringendste Aufgabe ist nach Auffassung von Präsident Tami, in der Fiskalpolitik Ordnung zu schaffen. Insbesondere müssen die staatlichen Unternehmungen, allem voran die Eisenbahnen, zu einer ausgeglichenen Rechnung gelangen. Die Inflation kann nur wesentlich gebremst werden, wenn es gelingt, das Staatsbudget, inkl. demjenigen der staatlichen Unternehmungen, wieder in Ordnung zu bringen.

Gegenwärtig ist das Studium im Gange, wie die Ziele zu erreichen sind. Die Erreichung des Zieles wird sehr viel Zeit brauchen. Wichtig aber ist, dass alle Massnahmen auf die sukzessive Erreichung des Zieles ausgerichtet werden.

Im Jahre 1966 wird man noch keine grossen Fortschritte erreichen können; erst im Jahre 1967 werden sich wesentliche Verbesserungen zeigen. Dabei wird die Lohnpolitik eine wesentliche Rolle spielen. Man wird versuchen, weitere massive Erhöhungen, nachdem erst kürzlich 30% gewährt worden sind, zu vermeiden. Man wird auch den Unternehmern bezüglich der Preispolitik Opfer zumuten müssen.

Auch bezüglich der monetären Politik wird man restriktiv sein, aber nicht so, dass eine Rezession entsteht. Der Hauptakzent liegt auf der Fiskalpolitik. Es ist nicht leicht, von einer Inflationsrate von 30% pro Jahr auf ein vernünftiges Niveau herunter zu kommen.

- 7 -

Bezüglich der Zahlungsvorschriften für Kapitalgüter werden die gegenwärtigen Vorschriften überprüft. Die Idee ist, nach wie vor gewisse Kredite zu erhalten, doch will man flexibler als bisher sein.

Man versucht auch, die neue Verschuldung durch Lieferantenkredite zu überwachen. Man hat aber noch keine konkreten Vorstellungen, wie man das tun will. Die Regelung muss in den Gesamtrahmen der zu konzipierenden Wirtschaftspolitik passen.

Ueberhaupt sei es wichtig, wird im Banco Central betont, dass die neue Wirtschaftspolitik nicht widersprüchlich sei, sondern ein ausgewogenes Ganzes bilde.

Der Banco Central wird die Gleichstellung der Lieferanten der Italo mit jenen der Segba für die Rediskontierung von Wechseln wohlwollend prüfen (Zirkular B 374).

Zusammenfassung der Besprechung mit Energiesekretär Gotelli

Energiesekretär Gotelli wird von den ITALO-Leuten als sehr tüchtig und fair bezeichnet. Er gilt als harter Verteidiger argentinischer Interessen, der aber bei der Verfechtung der Interessen Gerechtigkeitssinn zeigt.

Gotelli gibt zu, dass man für die Finanzierung der ITALO fast drei Jahre verloren habe wegen der Haltung seiner Vorgänger.

Die Weltbank verlange eine Zusammenarbeit zwischen ITALO und SEGBA als Voraussetzung für weitere Darlehen an die SEGBA. Praktisch sei das Abkommen zwischen ITALO und SEGBA bezüglich der Zusammenarbeit schon weitgehend entworfen.

Der ITALO sei man bisher stark entgegengekommen. Einmal durch die Tariferhöhung über den begehrten Satz hinaus, dann habe man die Bewilligung erteilt für die Ausdehnung der Produktion in Puerto Nuevo für eine 200 Megawatt-Anlage. Die Regierung sei bereit, jede Garantie für die Finanzierung zu geben. Zudem sei man bereit, von der früheren Regierung verhängte Bussen zu streichen. Gotelli will alles tun, was im Verträge vorgesehen ist. Die neue Anlage müsse aber bis Frühjahr 1969 fertiggestellt sein. Die Regierung müsse bezüglich

der Erhöhung der Elektrizitätsproduktion vorwärts machen. Die Italo habe sich innert eines Monats zu entscheiden, ob sie in der Lage sei, die Expansion vorzunehmen.

Gotelli liebt den Gedanken nicht, dass die Italo sich bei der Weltbank finanzieren möchte. Allerdings hätte er nichts dagegen, wenn die Weltbankfinanzierung nur einen kleinen Teil ausmachen würde und der Rest durch die Italo anderweitig finanziert würde.

Man möchte die Italo am Leben erhalten. Ihr Verzicht auf eine weitere Expansion wäre ein schwerer Schlag für die Regierung.

Man werde die Italo nicht zwingen, zu expandieren, wenn sie das Geld für die Expansion nicht habe, aber die Italo werde in einer schlechten Position sein und sie würde eine interessante Position verlieren. Eine Weiterführung der Italo und ihre weitere Expansion würde sie auch für später gegenüber dem Staat in eine interessante Position versetzen. Auf alle Fälle sei der Staat gegenwärtig nicht gewillt, die Italo gemäss Konzessionsvertrag zu kaufen.

Was man akzeptieren könnte, das wäre eine Kombination zwischen Segba und Italo, wobei die Italo-Aktionäre Aktien der Segba erhielten. Im Hinblick auf die vertraglichen Rechte der Segba zur Tarifierhöhung sei das Segba-Papier ein ausgezeichnetes Papier und ein besseres als das einer stagnierenden Italo.

Gotelli ist bereit, beim Banco Central zu intervenieren, damit die Italo bezüglich des Zirkulars B 374 die gleiche Behandlung erfährt wie die Segba. Er ist aber nicht ganz sicher, ob er Erfolg haben wird, da das Zirkular so abgefasst sei, dass es eigentlich nur für Staatsunternehmen gelte.

Gotelli wurde schweizerischerseits darauf aufmerksam gemacht, dass es sehr schwierig, um nicht zu sagen ausgeschlossen sei, dass die Italo in der Schweiz in nächster Zeit in grösserem Umfange langfristig Kapital aufnehmen könne. Die Gesellschaft sei durch das Regime Illia viel zu stark diskreditiert worden und die Lust, neue Kapitalien in die argentinische Elektrizitätswirtschaft zu stecken, sei gering. Dagegen sei es natürlich immer möglich, für die in der Schweiz bezogenen Maschinen Lieferantenkredite vorzusehen, da man unter Umständen mit

- 9 -

Weltbankdarlehen kombinieren könnte. Dabei wurde vor allem an die Mexikaner-Klausel gedacht, wo der Lieferant (Zuschlag erfolgte nach dem "open bidding") die ersten 10 Jahre finanziert und die Weltbank die daran anschliessenden 10 - 15 Jahre übernimmt.

Gotelli scheint geneigt zu sein, auf diese Idee etwas näher einzugehen. Auch Herr Soldati wird in Washington in dieser Richtung etwas näher sondieren.

Gotelli scheint ursprünglich etwas kaufsfreudiger gewesen zu sein. Der Wirtschaftsminister Salimei scheint ihn aber zurückgebunden zu haben.

Besprechungen mit einem erfahrenen Wirtschaftspolitiker

Die neue Regierung gibt sich sehr liberal. Dieser Liberalismus ist vielleicht nicht ganz so echt wie er tönt; umsomehr, als im Hintergrund Mächte nationalistischer Prägung am Werke sind. Erst an den Früchten wird man den Baum erkennen.

Energiesekretär Gotelli ist ein ausgezeichnete Mann. Er hat die Kraft, das durchzuführen, was er versprochen hat. Er hat eine sehr konkrete Konzeption über das, was auf dem Elektrizitätssektor vorzunehmen ist; dagegen sind ihm die Lösungen für den Erdölsektor noch nicht ganz klar. Wahrscheinlich wird er die YPF beibehalten und ihr Funktionieren zu verbessern suchen.

Die neue Regierung wird bezüglich der allgemeinen Wirtschaftspolitik vorsichtig sein. Man wird vorerst die verschiedenen Kontrollen der früheren Regierung beibehalten, so auf dem Gebiete der Währung und der Pharma. Das ist aber zugleich auch ein Nachteil, denn wenn man mit der Liberalisierung nicht rasch vorwärts macht, so mobilisieren sich die Gegenkräfte, und dann ist es schwierig, die gesteckten Ziele zu erreichen.

Die Regierung hat grosse politische Probleme. Sie hat noch kein Konzept für den Ausweg aus der gegenwärtigen Diktatur. Sie muss noch vermehrtes Vertrauen zu schaffen suchen. Bald werden die Politiker

-10 -

wieder in Politik machen und versuchen, die Armee zu spalten. Es müssen unbedingt jetzt erfolgreiche wirtschaftspolitische Massnahmen getroffen werden, bevor die Politiker mit ihren Spaltungsversuchen Erfolg haben.

Der neuen Regierung fehlt es an geistiger Vorbereitung. Die Leute sind stark ökonomisch orientiert und tragen den psychologischen Faktoren zu wenig Rechnung. Der neue Zentralbank-Präsident Thami wird wahrscheinlich nicht genügend stark sein, um der Regierung inflatorische Finanzierungen zu verweigern; darin liegt die grösste Schwäche der gegenwärtigen Equipe, denn im Banco Central braucht es den stärksten Mann.

Der Wirtschaftsminister Salimei spricht wenig, was er aber sagt, hat Hände und Füsse. Er ist erst 40 Jahre alt und ein tüchtiger Unternehmer. Er kann aber nicht leicht nein sagen. In der Lohnpolitik ist er zu weich. Er ist neoliberal und neigt zur christlich-demokratischen Schule, obwohl er nichts mit der christlich-demokratischen Partei zu tun hat, die in Argentinien ziemlich linksgerichtet ist.

Der Präsident ist sehr introvertiert. Es scheint, dass ein französischer Pater einen starken Einfluss auf die heute massgebliche Gruppe der Generäle hat. Er hat mit dieser Generalgruppe Exerzitien abgehalten. Zu dieser Gruppe gehören auch sehr nationalistisch gesinnte Offiziere, so der Chef der Geheimpolizei. Der Chef der Geheimpolizei war übrigens auch als pensionierter General in der Firma Salimei tätig. Salimei hat ein höchst komplexes Unternehmen, das da umfasst: Baufirmen, eine Bank, eine Versicherungsgesellschaft, eine Omnibusgesellschaft sowie eine Leinölfirma. Die letztere geht am besten.

Der Präsident hat neue Leute gewollt, die politisch noch nicht bekannt waren. In Salimei hat er jemanden dieser Art gefunden, wobei Salimei fast seine ganze Firma für die Regierung mobilisiert und damit ein grosses Opfer gebracht hat.

Der Präsident kann heute die Armee kontrollieren. Falls die Intrige zu stark wird und Spannungen innerhalb der Armee entstehen, wird er sowohl seine Regierungs-Equipe als auch die intrigierenden Generäle abbauen.

- 12 -

Der Präsident gilt als grosse Persönlichkeit und nur er kann der Regierung die notwendige Autorität geben. Er hat auch die notwendige Härte, ohne jede Nachsicht Mitarbeiter auszuwechseln. Er ist sehr konservativ, daher kann man annehmen, dass er die jetzt eingeschlagene Wirtschaftspolitik auch bei einem allfälligen Auswechseln der Equipe weiterführen wird.

Unter der jetzigen Equipe könnte Gotelli derjenige sein, der am längsten bleibt, sofern er selber dazu bereit ist.

Argentinien hätte mehr abwerten müssen als nur von 205 P. auf 215 P. per \$. Innert kürzester Zeit muss wieder abgewertet werden. Es ist anzunehmen, dass die Regierung innert 3 - 4 Monaten ziemliche Schwierigkeiten hat und dann die Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften erfolgen. Einige Erfolge sind erzielt worden. Die Anpassung der Stromtarife war gut. Die Ausschaltung der unrentablen Zuckerfabriken in Tucuman war ebenfalls gut.

Bedenklich ist die Inflations-Mentalität. Man ist gewillt, vorderhand die Inflation weiterzuführen und erst mit der Zeit abzubauen. Man möchte unter allen Umständen eine Deflation verhüten.

Die beste Lösung würde darin liegen, dass man stark abwerten und auf den landwirtschaftlichen Exporten abschöpfen würde. Dies gäbe der Wirtschaft den notwendigen Impuls und der Regierung recht viel Geld und mit der Stabilisierung könnte begonnen werden. Das Vertrauen würde rasch zurückkehren und damit auch die im Ausland liegenden argentinischen Guthaben.

Die Exportaussichten für Argentinien sind gut. Getreide und Fleisch haben rechte Preise und die "Terms of Trade" haben sich verbessert.

Wichtig ist, dass das Eisenbahndefizit abgebaut wird. Unter Illia hat sich der Geldumlauf von 171 Mia auf 370 Mia in zwei Jahren mehr als verdoppelt. Der Dollarkurs ist von 145 auf 215 gestiegen. Das Defizit des Staatsbudgets machte bis zu 60% der Ausgaben aus.

Nach Ansicht des Gesprächspartners wäre ein Verkauf der Italo an die Segba gegen Segba-Aktien vorteilhaft. Der Weltbank wurde

- 12 -

versprochen, der Segba auf dem Dollarwert der Anlagen eine 8%-ige Dividende zu garantieren. Die Aktie SEGBA ist daher ein mündelsicheres Papier.

Für das nächste Jahr sind harte Zusammenstösse zwischen Gewerkschaften und der Regierung zu erwarten. Es könnte sogar Blut fliessen.

Die demokratische Regierung war eine Katastrophe. Eine Aenderung war notwendig. Ongania ist hart und es besteht Aussicht, dass er sich durchsetzen wird. Er hat de Gaulle als Vorbild. Die Politiker werden aber wieder auftauchen und intrigieren. Das Vertrauen in Ongania ist aber gross und er hat die notwendigen Führungsqualitäten. Er ist von der notwendigen Härte und Schärfe und kann sich leicht von schlechten Mitarbeitern befreien. Er ist der einzige Mann, der Argentinien gegenwärtig führen kann. Der Umsturz kam allerdings etwas zu früh.

Zusammenfassung der Auskünfte des Leiters eines grossen Industrie-Konzerns.

Die argentinische Salärentwicklung wird von Gesamtarbeitsverträgen bestimmt. Wenn ein Gesamtarbeitsvertrag gekündigt ist, dann besteht eine Frist von 30 Tagen für neue Verhandlungen. Gelingt es nicht, zum Ziele zu kommen, dann werden noch während 15 Tagen Konsultationen mit der Regierung vorgenommen und dann kommt es zum Streik.

Führend in der Lohnhaussse ist die Elektrizitätsgewerkschaft. Diese greift zuerst zum "grève perlé", dann zur stundenweisen Stilllegung der Stromversorgung und schliesslich zum eigentlichen vollen Streik.

Die neue Regierung hat erklärt, bis Ende des Jahres wolle sie Salärerhöhungen von 30% für das laufende Jahr nicht opponieren, aber ab 1. Januar 1967 werde die Regierung selber die Salärerhöhungen vorschreiben. Sie wird auch Einfluss auf die Preiserhöhungen zu erreichen versuchen, und zwar insbesondere über Kreditentzüge an widerpenstige Unternehmer. In den Unternehmerkreisen beginnt man bereits jetzt schon zu murren, denn sobald eine Regierung hart ist, ist man

gegen sie. Der Widerstand der Unternehmer ist verständlich, solange das Staatsdefizitproblem noch nicht energisch angegriffen worden ist.

Die Leute in der Regierung sind ehrlich. Sie sind zwar ohne Erfahrung und nicht spezialisiert; zweifellos sind sie aber fähig.

Die Revolution kam zu früh, weil sonst andere Tendenzen zum Durchbruch gelangt wären. Die Equipe ist deshalb noch nicht genügend vorbereitet.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass schon in 2 - 3 Monaten Wechsel in der Regierung stattfinden werden, d.h. dann, wenn neue harte Massnahmen getroffen worden sind und die Leute, die sie erlassen haben, der Unpopularität anheimfallen. Dies macht es etwas unsicher, ob die liberale Tendenz auch wirklich aufrechterhalten bleiben wird. Es lohnt sich aber, die gegenwärtige Regierung wegen ihrer liberalen und vernünftigen wirtschaftspolitischen Konzeption zu unterstützen. Wenn diese Equipe nicht Erfolg haben wird, so wird die nächste wieder dirigistisch sein.

Eine gute Arbeitskraft verdient heute etwa 150 Pesos pro Stunde (100 Pesos = 2 Franken), bei 200 Arbeitsstunden pro Monat also etwa 30'000 Pesos. Die Soziallasten machen aber mindestens ebensoviel aus. In diesem Zusammenhang spielt die staatliche Pension für alle Arbeitenden eine beträchtliche Rolle. Sie beträgt 70% des Salärs der letzten 6 Monate, kann bezogen werden ab 60. Altersjahr und nach 30 Jahren beruflicher Tätigkeit. Die Rente ist in dem Sinne indexiert, als sie an die Salärenwicklung des Postens gebunden ist, den der Zurückgezogene eingenommen hat. Zur Kompensation der Geldentwertung wird als Basis für die Rente das Salär der letzten 6 Monate des gegenwärtigen Posteninhabers genommen. Die Anpassung lässt aber sehr oft bis zu 2 Jahren auf sich warten.

Der Arbeiter zahlt 11% seines Salärs als Beitrag, der Arbeitgeber noch 15% dazu. Das Rentenmaximum beträgt 65'000 pro Monat.

Im Wohnungsbau besteht ein ungeheures Defizit. Mietwohnungen werden schon lange fast keine mehr gebaut, sondern nur noch Eigentumswohnungen zum Preise von mindestens 50 - 60'000 Pesos je Quadratmeter. Die Bautätigkeit ist sehr schwach.

Das Sparen ist trotz der Inflation noch deshalb möglich, weil die Banken Finanzierungsgesellschaften geschaffen haben, die etwa 30% Zins vergüten, also ungefähr soviel wie die Inflationsraten. Die offiziellen Zinsen auf Sparheften betragen nur 15%.

In der Metallindustrie sind die Preise 30 - 50% höher als in Europa; dies einmal wegen der hohen Soziallasten, aber auch wegen geringerer Produktivität. Insbesondere müssen im Betrieb viele Arbeiterfunktionäre mitgeschleppt werden, die nichts anderes tun, als Politik betreiben. In einem Betrieb von 400 Personen sind in der Regel bis über 20 Schmarotzer vorhanden. Es ist auch zu wenig Kapital da, um zu modernisieren.

Vor Perón war der argentinische Arbeiter hervorragend; seither hat seine Leistung stark abgenommen.

Die Unternehmer sind inflationistisch gesinnt. Meistens geben sie sich über die Wirkung der Inflation keine genügende Rechenschaft und leben von der Substanz.

Der Gesprächspartner hat Hoffnung, dass es unter der neuen Regierung wieder vorwärts gehen wird. Entscheidend ist es, dass das Budget ausgeglichen werden kann und der Banco Central eine gewisse Härte gegenüber der Regierung zeigt. Deshalb sind denn auch der Leiter des Wirtschaftsministeriums und der Leiter des Banco Central politisch sehr gefährdet und werden wahrscheinlich die nächsten Opfer eines Regierungswechsels sein.

Zusammenfassung der argentinischen Antworten in der Arbeitssitzung im Wirtschaftsministerium

1. Einfuhrregime für Kapitalgüter

Man ist sich argentinischerseits bewusst, dass die gegenwärtigen rigiden Vorschriften über die Kreditgewährung seitens der ausländischen Lieferanten schwer zu halten sind. Man möchte aber weiterhin soweit als möglich vom ausländischen Lieferantenkredit profitieren.

Der Berichterstatter gab den Argentinern den Rat, sich für solche Uebungen auf grosse Projekte zu konzentrieren und die kurrenten Importe von den doch nicht durchsetzbaren Vorschriften zu befreien. Eine realistischere Reglementierung liege auch im Interesse der argentinischen Devisenbilanz.

Die Argentinier erklärten, dass das ganze Problem im Studium sei. Sie hofften, zu einer etwas elastischeren Regelung zu kommen.

2. Preise für die Pharmazeutika

Eine vorgängige Besprechung mit den Vertretern der pharmazeutischen Industrie ergab, dass die argentinischen Behörden eine Preiserhöhung von 12% bewilligten. Zudem sei eine Kommission eingesetzt worden, um das ganze Problem neu zu überprüfen. Die Kommission sei so zusammengesetzt, dass man optimistisch sein könne. Von schweizerischer behördlicher Seite solle man daher nicht reklamieren, sondern die Argentinier ermuntern, auf dem eingeschlagenen Weg weiterzufahren bzw. auf die Ratschläge der Kommission zu hören.

Der Berichterstatter hat daraufhin gegenüber den argentinischen Behörden unterstrichen, dass auch nach der 12%-igen Erhöhung die Situation völlig unbefriedigend sei und dass man nun des bestmöglichen hoffe, dass die neue Kommission die Probleme realistisch löse. Insbesondere sei es wichtig, dass in genügendem Umfange Forschungsbeiträge überwiesen werden könnten.

Von argentinischer Seite glaubte man auch versichern zu können, dass die Behandlung des Problems auf guten Wegen sei.

3. Golduhren-Einfuhren

Die argentinischen Behörden scheinen einer Zulassung der Golduhren sehr wenig günstig gesinnt zu sein. Der Berichterstatter unterstrich, dass dies nur den Schmuggel fördere, keine Devisenersparnis bedeute, aber dem argentinischen Fiskus Einnahmen entziehe. Man versprach, auch dieses Problem zu studieren, doch im gegenwärtigen Moment sei eine Lösung noch nicht möglich.

4. Einfuhr von Textilien

Im Moment sei es argentinischerseits noch nicht möglich, die Einfuhrbestimmungen für Textilien abzubauen, doch liege es im allgemeinen Bestreben der argentinischen Behörden, den Aussenhandel zu erleichtern und die inländische Industrie etwas stärker unter Konkurrenzdruck zu bringen. Man hoffe daher, mit der Zeit auch bei Textilien einige Fortschritte zu erzielen.

5. Versicherung und Rückversicherung

Nach Darlegung der altbekannten schweizerischen Begehren und Klagen erklärten die argentinischen Behörden, dass sie gegenwärtig im Begriffe seien, den ganzen Fragenkomplex neu zu studieren. Von argentinischer Seite werde selber gewünscht, dass etwas mehr Konkurrenz in die Versicherungsbranche gebracht werde.

6. Investitionsabkommen

Gegenwärtig scheint bei den argentinischen Behörden das Bestreben zu bestehen, Investitionsschutz-Abkommen abzuschliessen. Wir zeigten uns von der Schweiz aus an einem solchen Abschluss sehr interessiert und überreichten einen Standard-Entwurf, um den Argentinern zu zeigen, wie wir uns den Inhalt eines solchen Abkommens vorstellen.

7. Suizargel

Die Suizargel wurde in den Besprechungen nicht erwähnt, da die Vertreter der Gesellschaft erklärten, das Schiedsgericht sei im Begriffe, neu konstituiert zu werden, und zwar in einem für Suizargel günstigen Sinne. Wenn jetzt von schweizerischer behördlicher Seite versucht werde, einen Druck auszuüben, so mache das auf die Argentinier einen schlechten Eindruck. Es sei besser, im jetzigen Moment nicht von der Suizargel zu sprechen. Im Hinblick auf diese Meinungsäußerung wurde darauf verzichtet, den Suizargel-Fall zu besprechen.